

3-Länder-Tagung „Regionalismus in einer entgrenzten Welt“

Sektion 6 – Regionale Kooperation und Konflikte in
Infrastrukturpolitiken

Panel 36 - Die Energiewende als Beispiel für regionale Policy-
Strategien in Europa: Strategie-Analysen

Samstag, 01.10.2016, 09:00-10:30 Uhr

DVPW Drei-Länder-Tagung 2016 - Heidelberg

Panel: „Die Energiewende als Beispiel für regionale Policy-Strategien in Europa: Zentrale Technokratie versus dezentrale Demokratie? Forschungsstand und Perspektiven eines neuen Politikfeldes“

Gemeinwohl-orientierte Energieversorgung und deren Förderung durch kommunale Politik

Die Energiewende ist stark geprägt von der Entwicklung dezentraler Produktionstechnologien. Diese Dezentralisierung hat aber nicht nur technischen Charakter, sondern bietet auch Möglichkeit für eine Restrukturierung der Organisation und Governance des Energiesystems in Bezug auf Eigentumsverhältnisse, Kontrolle, Gewinnbeteiligung und die Beschaffenheit der Energieversorgung allgemein. In den letzten Jahren ist in vielen Ländern ein Phänomen aufgetreten, das zu einer solchen Restrukturierung beiträgt. Dabei finanzieren und betreiben Teile der Zivilgesellschaft gemeinsam klein-teilige, dezentrale Energieerzeugungs-Infrastruktur. Dieses Phänomen trägt unterschiedliche Namen: *Bürgerenergie* in Deutschland, *community energy* in UK oder *énergie partagée* in Frankreich etc.. Wir argumentieren dafür, dass diese Formen oftmals einen inhärent politischen Charakter haben und als Form der politischen Partizipation zu verstehen sind – einerseits durch ihre Form und die Prozesse und andererseits durch die generierten Outcomes (vgl. [1]). Dies wird dadurch unterstrichen, dass bei den Beteiligten vielmals gemeinwohl-orientierte Motive im Vordergrund stehen [2]. Aus dieser Charakterisierung folgen Implikationen für die Konzeptualisierung des Gegenstandes sowie für eine mögliche Förderung durch kommunale Politik, worauf wir vertieft eingehen möchten.

In dem Beitrag werden zwei Schwerpunkte gesetzt: Erstens werden wir zu einer theoretisch fundierten Konzeptualisierung des Gegenstandes beitragen, wobei wir auf bisheriger Arbeit in der Literatur aufbauen möchten (z.B. Holstenkamp [3]; Becker & Kunze [4]). Wir werden diese Konzeptualisierung über die (intrinsischen und instrumentellen) Werte von zivilgesellschaftlich geprägter Energieversorgung im Hinblick auf die angesprochene Restrukturierung der Energieversorgung entwickeln. Zweitens werden wir empirisch erforschen, welche Implikationen das Rational des politischen Charakters auf die Förderung des Phänomens hat: Inwiefern unterscheidet sich die Förderung von Organisationen politischer Beteiligung von primär wirtschaftlich orientierten Unternehmen im erneuerbaren Energiebereich? Dabei konzentrieren wir uns auf drei Erfolgsfaktoren: (i) die finanzielle Dimension; (ii) die Kooperation zwischen solchen Organisation; und (iii) die Einbettung in die jeweiligen politischen Gemeinschaften. Zu diesem Zweck wird eine Befragung bei den betreffenden Organisationen im erneuerbaren Energiebereich (v.a. Genossenschaften, Vereine) in der Schweiz durchgeführt. Der Fall der Schweiz ist insbesondere spannend, da die politischen Gemeinden eine vergleichsweise hohe Autonomie aufweisen und deshalb der Einfluss kommunaler Politik auf den Erfolg dieser Organisationen gut analysiert werden kann.

[1] Walker, G. & Devine-Wright, P. (2008). Community renewable energy. What should it mean? *Energy policy*, 36 (2), 497–500.

[2] Volz, Richard (2012). Bedeutung und Potenziale von Energiegenossenschaften in Deutschland - Eine empirische Aufbereitung. *Informationen zur Raumentwicklung*, 9/10, 515–524.

[3] Holstenkamp, L. & Degenhart, H. (2013). *Bürgerbeteiligungsmodelle für erneuerbare Energien. Eine Begriffsbestimmung aus finanzwirtschaftlicher Perspektive (Arbeitspapierreihe Wirtschaft & Recht, Nr. 13)*.

Abgerufen von Leuphana Universität Website:

http://www.leuphana.de/fileadmin/user_upload/PERSONALPAGES/_ijkl/janner_steve/Homepage_Master/wpbl_13.pdf

[4] Becker, S. & Kunze, C. (2014). Transcending community energy. Collective and politically motivated projects in renewable energy (CPE) across Europe. *PPP*, 8 (3), 180–191.

3-Länder-Tagung „Regionalismus in einer entgrenzten Welt“

Sektion 6 – Regionale Kooperation und Konflikte in
Infrastrukturpolitiken

Panel 36 - Die Energiewende als Beispiel für regionale Policy-
Strategien in Europa: Strategie-Analysen

Samstag, 01.10.2016, 09:00-10:30 Uhr

Dr. Frank Hüesker, Technische Universität Kaiserslautern, frank.hueesker@bauing.uni-kl.de (DVPW-Mitglied)

Dr. Timothy Moss, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, mosst@irs-net.de

DVPW Drei-Länder-Tagung 2016, Heidelberg, Thema „Regionalismus in einer entgrenzten Welt“

Paper zum Panel „Die Energiewende als Beispiel für regionale Policy-Strategien in Europa: Zentrale Technokratie versus dezentrale Demokratie?“

Themenblock 1: Energiewendepolitikstile (insb. Mikro-Ebene)

Frank Hüesker, Timothy Moss: Kommunale Unternehmen in der Energiewende – Legitimierte und dezentrale Akteure zur flächendeckenden Institutionalisierung regionaler Energiemärkte?

Abstract: Kommunale Unternehmen - beispielsweise der Trinkwasser-, der Abwasser- oder der Abfallwirtschaft - erzeugen sowie speichern auf regenerativer Basis Energie (Strom, Gas und Wärme). Somit bieten sie als flächendeckend vorhandene und dezentral agierende Akteure sogenannte flexible Energiedienstleistungen an, d.h. sie können beispielsweise den Betrieb von Stromverteilnetzen stabilisieren und damit energiewendebedingten Netzausbau vermeiden helfen. Dabei handeln kommunale Unternehmen idealerweise legitimiert und im Interesse ihrer Bürger.

Politikwissenschaftlich interessieren hinsichtlich regionaler Policy-Strategien Stadtwerke und Stadtwerkeverbände. Stadtwerke agieren an der Schnittstelle („Nexus“) zwischen verschiedenen Sektoren der kommunalen Daseinsvorsorge und können das politische Projekt der Energiewende durch integratives Handeln voranzutreiben. Um einen institutionalisierten „Wasser-Energie-Nexus“ handelt es sich, wenn Stromnetzbetreiber und Kläranlagenbetreiber in einem Stadtwerk zusammenwirken. Insbesondere Stadtwerkeverbände können ein regional machtvoller, interkommunaler Akteur der Energiewende werden. Diese und weitere Aspekte kommunalwirtschaftlichen Handelns in der Energiewende stehen für das politische Potential, herkömmliche Machtverhältnisse der Energiepolitik durch den Aufbau neuer regionaler Infrastrukturen und Institutionen zu überwinden.

Das Paper widmet sich der Fragestellung, innerhalb welcher politischen Rahmenbedingungen kommunalwirtschaftliche Unternehmen ein Standbein zur Umsetzung der Energiewende generell und zur Etablierung „regionaler Energiemärkte“ im Speziellen sein können. Die Empirie wird großenteils im BMBF-finanzierten Forschungsprojekt „arrivee“ (TU Kaiserslautern) erhoben, welches u.a. politikwissenschaftlich die Möglichkeiten der Integration von Kläranlagen in moderne Energieinfrastrukturen erforscht. Bis Herbst 2016 werden Zwischenergebnisse aus qualitativen Experteninterviews und interaktiven Workshops vorliegen, die zu einem referierten Zeitschriftenartikel sowie zu sozialwissenschaftlichen Szenarien und Handlungsempfehlungen weiterverarbeitet werden.

Wir erwarten von diesem Paper Erkenntnisse zu Akteursstrategien im Prozess der Energiewende und zu Details der Umsetzung regionaler, sektorübergreifender Lösungsstrategien. Theoretische Anknüpfungspunkte bieten unter anderem Konzepte zum Energie-Wasser-Nexus oder zur Reskalierung europäischer Umweltgovernance im Mehrebenensystem. Im Anschluss an den akteurszentrierten Institutionalismus interessieren die Autoren die Handlungsstrategien von Akteuren in den institutionellen Rahmenbedingungen der aktuellen Energiewende. Unser Erkenntnisinteresse ist, wie regionale Akteure in einem Prozess institutioneller Neukonfiguration ihren Einfluss auf energiepolitische Prozesse versuchen auszubauen.

3-Länder-Tagung „Regionalismus in einer entgrenzten Welt“

Sektion 6 – Regionale Kooperation und Konflikte in
Infrastrukturpolitiken

Panel 36 - Die Energiewende als Beispiel für regionale Policy-
Strategien in Europa: Strategie-Analysen

Samstag, 01.10.2016, 09:00-10:30 Uhr

Länder-Kommunen Dynamiken in der Energiewendepolitik

Globale Phänomene des Klimawandels, unvorhersehbare technologische Risiken der Energieversorgung sowie die Politik der Liberalisierung setzen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft weltweit unter Druck. Deutschland nimmt in der Energiewendepolitik eine Vorreiterrolle ein, eine räumlich differenzierte Sichtweise zeigt aber große Unterschiede bei den Rahmenbedingungen und den Strategien der Länder und Städte. Sie unterscheiden sich im Hinblick auf sozio-ökonomische und politische Faktoren, aber auch bei den energiepolitischen Strategien. Während einige Bundesländer und Städte rasch zu internationalen Spitzenreitern avancierten, hinken andere noch weit hinterher. Eine zeitlich differenzierte Perspektive zeigt, dass die Bundesländer und die Städte keine lineare Politik verfolgen, sondern auch neue Entwicklungspfade beschreiten. Politikwissenschaftliche Forschung zur Energiewende auf subnationaler Ebene hat sich bisher den subnationalen Varianten des Policymakings, dies vor allem im Kontext der EU-Energiepolitik gewidmet. Ein weiterer Strang beschäftigte sich mit grünen Politikinnovationen auf Ebene der Städte und Gemeinden, einschließlich der Betrachtung von Bürgerenergieinitiativen und Fragen der Akzeptanz von Energiewendeinnovationen. Obwohl das Zusammenspiel von Bundesländern und Kommunen bislang in der Forschung weitgehend vernachlässigt wurde, liegt gerade hier eine hohe Erklärungskraft für die zeitlichen und räumlichen Diskontinuitäten. Ausgehend von einer vergleichenden Beschreibung und Analyse der strukturellen Faktoren und der Trends in den Bundesländern (z.B. Karbonintensität der Industrie; CO₂-Emissionen/Kopf; Anteil, Art und Zusammensetzung erneuerbarer Energien) sowie ihrer Interessenkonflikte und Strategien (regionale Wirtschaftsinteressen, Abhängigkeit von Atomenergie, Windenergie vs. PV-Energie etc.) wollen wir ein eher dynamisches (Baden-Württemberg) und ein eher statisches Bundesland (Brandenburg) in den Fokus nehmen. Basierend auf zwei Fallstudien zu den Städten Tübingen und Cottbus und ihrer Einbettung in die landespolitischen Strategien in Bezug auf Klimawandel, Liberalisierung und Energiewende betrachten wir die Rolle von lokalen Akteurkonstellationen im Policymaking. Fokus der Analyse sind jeweils die Stadtwerke als zentrale Akteure in beiden Städten. Die Analyse beruht auf Interviews in den beiden Stadtwerken sowie mit weiteren zentralen Akteuren auf Bundes- und Landesebene.

Dr. Patricia Graf, BTU Cottbus Lehrstuhl Wirtschafts- und Industriesoziologie

Prof. Dr. Kristine Kern, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung & Universität
Potsdam

3-Länder-Tagung „Regionalismus in einer entgrenzten Welt“

Sektion 6 – Regionale Kooperation und Konflikte in
Infrastrukturpolitiken

Panel 36 - Die Energiewende als Beispiel für regionale Policy-
Strategien in Europa: Strategie-Analysen

Samstag, 01.10.2016, 09:00-10:30 Uhr

Die Energiewende als Demokratiewende? Auseinandersetzungen um die städtische Stromversorgung am Beispiel von Berlin und Augsburg

Das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus ist durch ein grundlegendes Spannungsverhältnis gekennzeichnet. In kapitalistischen Gesellschaften ist eine Tendenz zur Konzentration ökonomischer Macht festzustellen, während gleichzeitig alle StaatsbürgerInnen die gleichen demokratischen Rechte genießen. Eine Konzentration ökonomischer Macht war im deutschen Strommarkt empirisch festzustellen, als es nach der Marktliberalisierung von 1998 zur Herausbildung von vier dominierenden Konzernen kam. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wurde jedoch nicht von diesen Konzernen getragen sondern vor allem von Privatpersonen, Bürgerenergiegenossenschaften, LandwirtInnen, ProjektentwicklerInnen und einigen Stadtwerken. Dadurch kam es zu einer erneuten Streuung des Eigentums im Stromsektor. Oft wurden die Projekte durch Partizipationsverfahren vor Ort wie etwa Bürgerdialoge begleitet, um die Akzeptanz der neuen Technologien zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund wird die Energiewende häufig als Demokratiewende diskutiert. Allerdings weisen diese Erklärungsansätze, so unser Argument, zumeist ein verkürztes Demokratieverständnis auf. Während den meisten neuen Eigentums- und Partizipationsformen durchaus ein demokratisierendes Moment inhärent ist, erfüllen sie zumeist nicht ein Kernprinzip der Demokratie: gleiche Mitbestimmungsrechte und Durchsetzungsmöglichkeiten aller als StaatsbürgerInnen. Erstens treten die Menschen den erneuerbaren Energien gegenüber in der Regel als private EigentümerInnen, nicht als demokratische BürgerInnen auf. Dafür sind öffentliche Unternehmen, vor allem Stadtwerke entscheidend, die sich in öffentlichem Eigentum befinden und demokratischer Kontrolle unterworfen sind. Zweitens fehlt es den neuen Partizipationsansätzen oft an bindenden Verfahren, mit denen die Bevölkerung ihre Präferenzen tatsächlich durchsetzen kann. In diesem Zusammenhang können Bürgerbegehren ein sinnvolles Instrument sein. Vor diesem Hintergrund werden in dem Beitrag die Auseinandersetzungen um die Rekommunalisierung bzw. Privatisierung der Energieversorgung in Berlin und Augsburg verglichen und aufgezeigt, dass Bürgerbegehren und Volksbegehren ein wichtiges Instrument der Durchsetzung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen die Beharrungskräfte des alten Energieregimes sein können. Sie ermöglichen es jenseits voraussetzungsvoller Beteiligungsverfahren viele Bevölkerungsgruppen einzubeziehen und damit nicht nur neue Eigentumsformen sondern auch innovative Partizipationsverfahren hervorzubringen.